

BIBLIOGRAPHIA

Rezension

Daxner, M.: Die Wiederherstellung der Hochschule. Plädoyer für eine Rückkehr der Hochschulen in die Politik und die Gesellschaft. Köln 1993.

Der Titel ist durchaus sprechend. Es ist in der Tat vor allem ein Plädoyer, eher jedenfalls als daß es eine durchgehende und konsistente Analyse darstellte oder eine systematische Theorie der Hochschule entwickelte (welchen Anspruch *Daxner* hier auch ausdrücklich nicht erhebt, sondern auf eine spätere Arbeit verlagert). *Daxner* geht von einem faktischen Bankrott der deutschen Hochschulen aus, die überhaupt erst einmal wiederhergestellt werden müssen, und plädiert für eine gegenseitige Öffnung von Politik und Hochschule zueinander im doppelten Sinne – das Aufgreifen und öffentliche Bearbeiten der wirklichen und gesellschaftlichen Probleme in Forschung und Ausbildung und die politische Diskussion und Inanspruchnahme der Wissenschaft durch die Öffentlichkeit – nicht als etwas Zusätzliches zur, sondern als Mittel und Weg einer Wiederherstellung der Hochschulen.

Ein breites Spektrum von Themen wird dabei kritisch behandelt: Überlastung der Hochschulen, Qualität der Lehre, »Autonomie des Unternehmens«, Stand der Hochschulforschung, Internationale Beziehungen, Regionale Verflechtungen, Standort Deutschland, Recht auf Bildung, Hochschulpolitik für die neuen Länder, Studienaufbau, Personalstruktur, Entschuldung der Hochschulen und Globalhaushalt, Studienfinanzierung, rot/grüne Reformprogramme. Kein wichtiges Stichwort der gegenwärtigen hochschulpolitischen Debatte ist ausgelassen.

Das Buch ist erkennbar nicht streng systematisch aufgebaut, eher eine Reihe von Erörterungen, unterschiedlich stark ausgearbeitet, zu Brennpunkten der Diskussion, locker durchsetzt mit Exkursen. Inhaltsverzeichnis und Überschriften suggerieren eine Zweiteilung in Bestandsaufnahme zunächst und programmatische Teile zu Studienstruktur, Personalstruktur, Hochschulfinanzierung und Reformstrategie alsdann. Doch geht auch im ersten Teil die Bilanz fließend in Postulate über (z.B. zu »Regionales« oder zu »Recht auf Bildung«).

Dieser Eindruck von der Disposition wiederholt sich auf der Ebene der Sätze und Absätze. Den Beckmesser zu spielen ist ja verpönt, aber der verwirrte Leser muß sagen dürfen, daß es eine Fülle von Stellen gibt, an denen die Zwi-

schenüberschriften anderes versprechen als die Abschnitte darunter halten, die Anschlüsse der Absätze nicht stimmen oder ins Leere verweisen, noch innerhalb einzelner Sätze der Gedankengang und folglich auch die Konstruktion sich verschiebt usw. Wehe dem, der, wie der Rezensent, zunächst wie ein Philologe diesen Text zu lesen versucht! Seine eigene Schuld: Es kommt vielmehr offenbar auf das Erfassen der Ideen und eigenes Nachkonstruieren der entsprechenden Konzepte an.

Ideen und Konzepte bietet das Buch reichlich. Nur einige Beispiele: Stichwort »Region«. In der ebenso kenntnisreichen wie willkürlich selektierenden Würdigung des »Stands der Hochschulforschung« findet man neben Hinweisen auf Chancen der Differenzierung durch Regionalisierung die eindrücklichen Warnungen zustimmend referiert, die *Neave* formuliert hat: Jakobinismus (Interventionismus) auf dezentraler Ebene, Verengung der universitären Aufgaben auf regionalen Service, Verstrickung in eine Art entpolitisierter (distanz- und kritikloser) Politisierung (S. 74 ff.). Unter der in diesem Fall allzu bescheidenen Überschrift »Regionales« entfaltet sich eine mehrperspektivische Erörterung, die demgegenüber vor allem die Chancen eines reflektierten Regionalbezuges entfaltet und dabei die gängigen Argumente in mehreren Hinsichten überschreitet. *Daxner* tritt gegenüber den verbreiteten Bedenken wie nachbarliche Berührungängste hier, schleichende lokale Abhängigkeit und Bornierung da gewissermaßen die Flucht nach vorn an. Zum einen plädiert er für eine allgemeine Anfrage-, Beratungs-, Mitteilungs- und Mitwirkungspflicht, die bei den kommunalen und regionalen Instanzen wie bei den Hochschulen gleichermaßen satzungsmäßig zu verankern ist, zum anderen aktiv intervenierende Auftragsakquisition für Forschung, Entwicklung, Weiterbildung usw. seitens der Hochschulen durch eigene entsprechend zu bildende Agenturen (S. 80 ff.). Eine neue Ebene wird dann mit dem an amerikanischen Beispielen gelernten Modell von »Wissenschaftsregionen« besprochen, zu denen sich benachbarte Hochschulen zusammenschließen sollten – u.U. quer zu Bezirks- und Hochschultypen (S. 87 ff.). In ihnen kann über Vollständigkeit des fachlichen Spektrums, über regionsbezogene Schwerpunkte und institutionelle Profilbildung sowie schließlich über Involvement der Öffentlichkeit (nicht des Staates) etwa in der Form eines Kuratoriums (für den Verbund) leichter und konkreter gesprochen und kooperiert werden als in natio-

nen, auf Konkurrenz hin orientierten Manifesten für Wettbewerb und Differenzierung. Es ist dieser Abschnitt ein gutes Beispiel für das Potential *Daxners*: sattsame Erfahrung mit den nationalen Bemühungen, z.B. den ziemlich folgenlosen der HRK, internationaler Weitblick, organisatorische Phantasie und eine im Grundsätzlichen klare hochschulpolitische Intention. Diese setzt auf mehr Öffentlichkeit in der Arbeit der Hochschulen und intensivierte, aber transparente und verallgemeinerbare Beziehungen zur gesellschaftlichen Umwelt. Die Grenzen des Textes liegen darin, daß die vorher eingebrachten und weitere denkbare Warnungen nicht ausdrücklich genug widerlegt werden und daß Überlegungen dazu fehlen, wie die Mitglieder der Hochschulen, die in deren gegenwärtiger desolater innerer Verfassung kaum in der Lage sind, auch nur bezogen auf die eigene Einrichtung kooperativ zu handeln, dazu kommen werden oder sollen, sich auch noch mit anderen Hochschulen abzustimmen.

Stichwort »Studium«. Hier gewinnt man am schnellsten Klarheit, wenn man hinten anfängt. Im Kapitel »Hochschulfinanzierung«, Abschnitt »Studienfinanzierung« findet man als Exkurs dankenswerterweise wieder abgedruckt (S. 216 ff.) und damit besser zugänglich gemacht die »Überlegungen zum wahren Charakter des Studiums«, die *Daxner* 1991 schon einmal anderswo veröffentlicht hat. Sie sind ein weiterer Angriff gegen »die schlimmste und wirkungsmächtigste Legende... daß das deutsche Hochschulsystem irgendetwas mit dem Humboldtschen Modell ... und seiner Tradition zu tun habe« (S. 30). Insbesondere brechen sie mit dem »Tabu: Die deutsche Universität ist ein selbstmotivierendes und selbstqualifizierendes System. Alle Reformen können intentional, d.h. letztendlich politisch und pädagogisch umgesetzt werden, sofern eine entsprechende Ausstattung gewährleistet ist ...« (S. 220). Dieses verhindert es, so *Daxner* zu recht, die Wertbeziehung der Beteiligten gegenüber dem Studium, den Charakter der Qualifikation als Ware, der Ausbildung als Tausch anzuerkennen und das Defizit anzugehen, daß »unser Hochschulsystem« kein implizites oder explizites Vertragsverhältnis zwischen den Studierenden und den Lehrenden aufweist«. (S. 41). Die Hochschulausbildung erscheint daher als eine wohlfahrtstaatliche Leistung an Leistungsempfänger, die Bildung als ein gesellschaftliches »Gut«, auf das es ein Recht gibt, dem aber keine Pflichten entsprechen (wie auch auf S. 101 ff. erörtert wird). Folglich besteht kein Tausch-

verkehr mit der ihm eigenen Rückkopplung. Das Verhältnis ist asymmetrisch.

Daraus wird im folgenden ein Argument für »vouchers« entwickelt. Beides gehört laut *Daxner* zusammen: Nur die Einführung von Studiengebühren etwa, wie sie Neoliberale fordern, wird solange nichts zur Verbesserung der Lehre beitragen (sondern allenfalls zur Selektion und Belastung der Studierenden), wie sie im Landshaushalt untergehen. Unsozial und ein Widerruf des Rechts auf Bildung sind Studiengebühren dann nicht, wenn die Studierenden dafür grundsätzlich vom Staat selbst mit Studiengutscheinen ausgestattet werden. Ein sorgfältiger Umgang damit ist auch für die Studierenden notwendig, da die Gutscheine »nicht unerschöpflich zur Verfügung stehen«. Sie sollen dadurch in den Stand gesetzt werden, daß ihnen ein elternunabhängiges Grundgehalt von (auf der Basis von 1993) DM 800,- gewährt wird, das sie später, wenn sie Einkommen haben, über die Steuer zurückzahlen werden.

Auch an diesem Stichwort zeigen sich die Qualitäten der *Daxnerschen* Schrift. Das Interesse an »klaren Verhältnissen«, an genauem Hinsehen und ungeschminkter Darstellung ist auch hier bestimmend: Die primäre Funktion des Studiums ist Berufsausbildung, die der Hochschule, die dafür bestmögliche Qualifikation durch Wissenschaft anzubieten; realistische Einsicht in das Warenverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden würde zu exakterer Fassung vertraglicher Beziehungen

führen, diese wiederum erlauben, Rechte und Pflichten auf beiden Seiten unverbrämt zu diskutieren und zu vereinbaren. *Daxner* scheut sich auch nicht, mit den Tabus studentischer Interessenvertretung zu brechen, der er in einem anderen gleichfalls lesenswerten Abschnitt eine solidarische Kritik widmet (S. 49 ff.): sie vermische Recht auf Bildung mit sozialer Absicherung studentischer Lebensstandards, Emanzipation mit Risikolosigkeit und nehme die Pflichten der Studierenden nicht in den Blick.

Denkt man diese Gedanken weiter, stößt man natürlich auch auf Probleme. Eines ist das der unklaren Konsequenz. Besagte Einrückung der früheren Vorüberlegungen leitet *Daxner* mit dem sibyllinischen Satz ein »Allerdings werde ich das dort enthaltene Gutscheinformodell nicht mehr aufgreifen«. (S. 216). Aus welchen Gründen nicht? Was wären die Konsequenzen für das doch offenbar mit Absicht wieder abgedruckte Modell im übrigen? Oder: Der weitere Gang des neuen Textes könnte so verstanden werden, als ob allein die Befreiung der Studenten von Existenzsorgen sie in den Stand setzten, sich (wieder?) ganz um ihr Studium zu kümmern. Dann aber ist es inkonsequent, die Förderung explizit deshalb so niedrig anzusetzen, damit ein gewisser Eigenbetrag doch wieder je nach Bedürfnis dazu erworben werden muß. Oder: Das Markt- und Vertragsmodell könnte auch ungewollte Wirkungen auf Inhalt, Anspruch und Klima von Lehrveranstaltungen, Beratungen und Prüfungen, aber auch für die Art der studentischen Mitbestimmung haben. Müßte man

nicht noch über eventuelle Korrektive nachdenken?

So ähnlich ist es mit den anderen Stichworten. Es sind allemal mutige, nonkonformistische Vorstöße, ohne Angst vor Tabus der einen oder falschem Beifall auf der anderen Seite: Der Studienaufbau sei zwei- oder gar dreistufig (B.A. -, Diplom-, Promotions-Studium), wissenschaftstheoretische Reflexion schon dem ersten, Interdisziplinäres und Projektstudium aber erst dem zweiten Abschnitt beigelegt! Die Forschung orientiere sich vor allem an der ökologischen Funktion, an Begleit-, Parallel- und Risikoforschung, und stimulare die öffentliche Diskussion über Wissenschaft, Fortschritt und die Folgen! Die Personalstruktur anerkenne wissenschaftliches Arbeiten als normalen Beruf statt als Berufung und schaffe Positionen für unbefristete wissenschaftliche Mitarbeiter, auch ohne Promotion (von Habilitation ganz zu schweigen!), die auch als Personal für wechselnde Drittmittelprojekte in Betracht kommen!

Und so fort. Von einer umfassenden Theorie einer in ökologischer Perspektive gedachten Hochschule und Wissenschaft, wie sie *Klüver* jüngst wieder eingefordert hat (vgl. »Das Hochschulwesen«, 42. Jg., 1994, H. 4, S. 190 f.), ist das Buch sicherlich noch entfernt. Einer republikanischen Diskussion ihrer Belange und nötigen Reformen kommt es viel näher. Anstöße zum Denken liefert es reichlich. Dafür ist dem Autor zu danken.

Prof. Dr. Ludwig Huber, Bielefeld